

Von der italienischen und deutschen Soziologie zur Soziologie in Deutschland, Italien und Europa?

Sinn und Grenzen bilateraler Wissenschaftsvermittlung

Vor 30 Jahren erschien der erste Band der *Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch*. Die Zeitschrift hatte sich zum Ziel genommen, deutsche und italienische Soziologie zu vermitteln.

Ein solches Projekt macht nur Sinn, wenn man davon ausgeht, dass es eine je spezifische italienische oder deutsche Soziologie überhaupt gibt. Damit sind nicht nur Artikel in unterschiedlichen Sprachen gemeint, die übersetzt werden müssen, sondern spezifische Denktraditionen und Problemlagen, die in den verschiedenen Sprachen einen je adäquaten und manchmal auch unübersetzbaren Ausdruck finden. Sie bedürfen der Vermittlung, nicht nur der Übersetzung.

Grundlage bi- und multilateraler Wissenschaftsvermittlung in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist die empirisch gesicherte Erkenntnis, dass die einzelnen Disziplinen aus nationalen Diskurslagen heraus entstanden sind, die gleichwohl schon immer im internationalen Austausch standen. In der Soziologie etwa sind die »drei Kulturen« (Wolf Lepenies) keine hermetisch abgegrenzten Räume, sondern sie adaptierten gemeinsame Ausgangstexte (Comte, Marx, Spencer, Dilthey) auf der Grundlage unterschiedlicher geistiger Traditionslinien im Bezug auf unterschiedliche soziale Problemlagen. Im Ergebnis konnte man dann auf der Ebene der Klassiker (in der Soziologie: Durkheim, Weber, Simmel, Pareto, Mead, Parsons) spezifische nationale Ansätze des Faches identifizieren.

Heute jedoch stellt sich die Frage, ob diese Ausgangslage bi- und multilateraler Wissenschaftsvermittlung noch gegeben ist. Denn eine (und heute vielleicht die dominierende) Deutung der Wissenschaftsgeschichte geht davon aus, dass mit steigender Vernetzung der Handels- und Verkehrsräume im Globalisierungsprozeß sich auch die Rezeptionsräume der einzelnen Disziplinen nach 1945 zunächst im Westen, ab 1989 dann global verdichteten, und schließlich in einem kollektiven Professionalisierungsschub zu international ausgerichteten Disziplinen führten. Diese treiben relativ unabhängig vom nationalen Standort gemeinsame Fachfragen im Rahmen der international scientific community in einer gemeinsamen Wissenschaftssprache, dem Englischen, voran. Die nationale Diskursgemeinschaft wurde von einem internationalen Spartendiskurs abgelöst: heute suchen nicht mehr italienische Familiensoziologen mit Philosophen, Ökonomen, Poli-

tikwissenschaftlern, Demographen aus Italien den Austausch und rezipieren nebenbei Anregungen aus us-amerikanischen, deutschen und französischen Zeitschriften, sondern sie treffen sich auf internationalen Fachkonferenzen mit deutschen, norwegischen, amerikanischen und australischen Familiensoziologen und publizieren in internationalen Journals. Im Bezug auf Deutschland hat Erwin K. Scheuch diese Entwicklung auf die schlüssige Formel gebracht: »Von der deutschen Soziologie zur Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland«.

Diese Entwicklung geht einher mit einer zweiten Frage von grundsätzlichem Gewicht: Kann man heute auf nationaler Ebene überhaupt noch von einem je spezifischen Problemzusammenhang zwischen politischem System, kulturellen Traditionen, gesellschaftlichen Entwicklungen ausgehen, oder sind Konglomerate wie »Italien« und »Deutschland« etc. lediglich Varianten »der modernen Gesellschaft«, deren Unterschiede sich mit traditionellen Restbeständen auf der einen Seite, unterschiedlichen Entwicklungsstufen im gemeinsamen Modernisierungsprozess auf der anderen Seite hinlänglich beschreiben lassen? Sind Debatten um einen »mediterranen Lebensstil«, der sich gegen die Modernisierungszumutungen einer globalisierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung wehrt, rein ideologische Rückzugsgefechte von Nationalkulturen, die sich mit den kommenden Schritten der europäischen und globalen Integration erledigen?

Mit diesen Fragen hat sich eine deutsch-italienische Tagung vom 2. bis 4. November 2016 in der Villa Vigoni beschäftigt. Am Beispiel der Übersetzungsprobleme bei Weber, Simmel, Pareto und Luhmann wurde die Frage diskutiert, welche Bedeutung die Nationalsprachen für bei der Ausdifferenzierung soziologischer Erkenntnisse haben und wie sich diese dann in andere Sprachen übertragen lassen. Als Ergebnis der Tagung wurde die folgende gemeinsame Erklärung verfasst, die für ein multilinguales europäisches Konzept der Internationalität plädiert.

Clemens Albrecht

Villa Vigoni-Erklärung zur Förderung eines multilingualen europäischen Konzepts der internationalen Kooperation in den Sozialwissenschaften

Die modernen Sozialwissenschaften sind aus vielen Wurzeln entstanden. Neben den Ideenströmungen (Positivismus, Idealismus, Marxismus, Historismus, Pragmatismus) und Disziplinen (Philosophie, Geschichtswissenschaft, Ökonomie, Staatswissenschaften) sind Sprachräume und nationale Traditionen (insbesondere Frankreich, Großbritannien, USA, Italien, Österreich, Deutschland, Russland, Spanien, Polen) von entscheidender Bedeutung für Problemlagen sowie Begriffe und Theorien, die als Antworten auf diese Lagen formuliert, international verbreitet und generalisiert wurden.

Aus diesen Gründen haben sich die Sozialwissenschaften multiparadigmatisch weiterentwickelt. Wenn auch in der Sachforschung (Familie, Politische Systeme, Ungleichheit, Migration, Religion etc.) sich ein weithin geteilter internationaler Standard in den Forschungsmethoden etabliert hat, ist die theoretische Deutung der Ergebnisse durch verschiedene, sich im günstigsten Fall ergänzende Theorien und Begriffssysteme geprägt. Weder hat sich eine Methode (wie die quantifizierenden Verfahren in der Psychologie), noch eine Theorie (wie die Neoklassik in der Ökonomie) als dominierender »Denkstil« (Fleck) durchsetzen können.

Diese Pluralität ist zugleich ein Reichtum. Er zeigt sich in der Soziologie beispielsweise dort, wo sie ihre Funktion für die theoretische Grundlegung der Sozialwissenschaften wahrnimmt. Sie hält hier neben allgemeinen Theorien (Strukturfunktionalismus, Interaktionismus, Systemtheorie, rational choice etc.) auch einen Kranz aus peripheren Theorien und Begriffen bereit, die stets in Renaissance wiederentdeckt und aktiviert werden können, wenn es die Deutung aktueller Phänomene und Probleme fordert.

Dieser Reichtum ist zugleich an das Differenzierungs- und Nuancierungsvermögen unterschiedlicher Sprachen gebunden. Max Webers Begriff der »Herrschaft«, Emile Durkheims »représentations collectives«, George H. Meads Unterscheidung zwischen »I« und »Me« oder Vilfredo Pareto's Elitentheorie bedürfen bei der Übersetzung zusätzlich einer Kommentierung, weil sich ihre spezifischen Bedeutungsnuancen in anderen Sprachen nicht mit einem anderen Begriff abbilden lassen. Begriffe, die einfach übersetzt werden, können dabei ihre Bedeutung ändern: Der deutsche »Staat« ist nicht der amerikanische »state«, dieser nicht der italienische »stato« und der wiederum nicht der französische »état«.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Schlüsselentwicklungen in den Sozialwissenschaften in europäischen Sprachen stattgefunden haben, plädieren wir dafür, zunächst im europäischen Rahmen den Wert verschiedener Sprachen und der historisch-kulturellen Denktraditionen, die sich in ihnen ausdrücken, anzuerkennen und die bilinguale Übersetzungs- und Kommentierungsarbeit institutionell zu fördern. Dazu gehört ein multilinguales Zeitschriften- und Konferenzsystem, das auf passiven Sprachkenntnissen aufbaut und die zentralen Begriffe, die kulturhistorischen Kontexte und die lokalen oder nationalen Bezüge erläutert. Weiter sollte ein Online-Thesaurus aufgebaut werden, der autorspezifisch die Übersetzungsentscheidungen dokumentiert und kommentiert.

Die Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften verdanken ihren Reichtum an Theorien, Einsichten, Instrumenten und Perspektiven der Begriffsbearbeitung in verschiedenen Sprachen. Internationalität in der Wissenschaft sollte diese Vielfalt erhalten und vermitteln, sie aber nicht im mainstream einer Sprache und Denktradition einschmelzen. Deshalb schlagen wir vor, ein europäisches Konzept der Inter-Nationalität im gemeinsamen Diskurs der Wissenschaft zu fördern und zu realisieren.

Unterzeichnende:

- Prof. Dr. Clemens Albrecht (Bonn)
- Manuel Beozzo (Trento/Eichstätt)
- Dr. Francesco Campana (Padova)
- Prof. Dr. Gabriele Cappai (Bayreuth)
- Prof. Dr. Werner Gephart (Bonn)
- Prof. Dr. Alois Hahn (Trier)
- Prof. Dr. Max Haller (Graz)
- Prof. Dr. Carlo Mongardini (Roma)
- Prof. Dr. Hans-Peter Müller (Berlin)
- Elena Nardelli (Trieste/Paris)
- Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg (Dresden)
- Prof. Dr. Antonio Scaglia (Trento)
- Prof. Dr. Reinhard Schmidt (Firenze)
- Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner (Bonn/Essen)
- Prof. Dr. Justin Stagl (Salzburg/Wien)
- Prof. Dr. Arnold Zingerle (Bayreuth)

Call for Papers

Geschichte der deutschsprachigen Soziologie

Workshop am 5. und 6. Oktober 2017 am Institut für Sozialwissenschaften, Technische Universität Braunschweig

Nach Stationen an der Universität Graz, am Institut für Sozialforschung in Frankfurt und am Sozialwissenschaftlichen Archiv Konstanz sind Interessierte in diesem Jahr zum vierten Workshop zur Geschichte der deutschsprachigen Soziologie herzlich ans Theodor-Geiger-Archiv in Braunschweig eingeladen, um dort aktuelle Forschungsarbeiten vorzustellen und zu diskutieren. Ziel des Workshops ist es, den Austausch des Netzwerks für an der Soziologiegeschichte interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler regelmäßig zu ermöglichen und zu intensivieren.

Inhaltlich werden dabei bewusst keine Grenzen gesetzt. Willkommen sind disziplinäre wie interdisziplinäre, wissenschaftssoziologische und wissenschaftsgeschichtliche, theoretische, methodische wie auch empirische Beiträge zur Soziologiegeschichte, ebenso wie eine offene Vielfalt an Zugängen aus anderen Wissenschaften.

Bei Interesse, Fragen und Anmeldungswünschen bitten wir um eine Mail an Nicole Holzhauser. Einsendungen von Beitragsvorschlägen mit Titel und einer Kurzbeschreibung bitte bis **15. Juli 2017** an

Dr. Nicole Holzhauser (Braunschweig)

E-Mail: n.holzhauser@tu-braunschweig.de

Prof. Dr. Stephan Moebius (Graz)

E-Mail: stephan.moebius@uni-graz.at

Entgrenzung von Markt und Staat? Wirtschaftssoziologische Untersuchungen zur Krise der Ordnungsbildung

Jahrestagung der Sektion Wirtschaftssoziologie am 26. und 27. Oktober 2017 an der Universität Hamburg

Es scheint, als hätten die Institutionen der westlichen demokratischen Nachkriegsordnung ihre ordnungsbildende Kraft verloren. Der Staat steht dem Markt nicht mehr als externer Steuerungsagent gegenüber, sondern ist selbst dem Wettbewerb unterworfen. Erfolg und Misserfolg hängen von den Bewertungen der Finanzmärkte und der Aufmerksamkeitsökonomie des Internets ab. Auf der einen Seite erscheinen Märkte immer weniger durch externe (ordo-liberale) Institutionen eingehegt, auf der anderen Seite hat die langjährige Forderung nach »freien Märkten« paradoxer Weise nicht zu weniger, sondern zu mehr bzw. anderen öffentlich-privaten Institutionen geführt (eine Art nicht-intendierte Nebenfolge des Bürokratieabbaus?). Im Zuge dessen wird die klassische Trennung von Markt und Staat entgrenzt und scheint sich in einer umfangreichen public private partnership aufzulösen (Colin Crouch, David Graeber). Das öffentliche Recht wird zunehmend mit Elementen des privaten Vertragsrechts versehen und die neoliberalen Performance-Messungen bestimmen die Besten, ohne die Wettbewerbsbedingungen im Vorhinein explizit zu benennen oder zu garantieren (William Davies). Es entsteht also eine aufwendig institutionalisierte Datenproduktion und -verarbeitung, die jedoch die alltäglichen Entscheidungen nicht unbedingt vereinfacht. Erstens muss immer mehr entschieden werden und zweitens werden die Entscheidungen immer komplexer und folgenreicher. Zudem findet im Zuge dieser zunehmenden Abwesenheit von ex ante Gerechtigkeitsgarantien eine enorme Umverteilung von unten nach oben statt, die mit dem Begriff der »Refeudalisierung« (Sighard Neckel) belegt wurde.

Dies alles scheint eine Sehnsucht nach starken und kompromisslosen ordnungsbildenden Kräften zu entfachen, die Entscheidungssicherheit garantieren. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck in den Wahlerfolgen der »neuen Autoritären«. Die Kritik am Freihandel nimmt zu, so dass führende Wirtschaftsliberale vor einer Renationalisierung und vor protektionistischen Nationalstaaten warnen. Aber auch die progressiven Suchbewegungen nach (neuen) Formen wirtschaftlicher Ordnungsbildung scheinen in vielfältiger Weise wiederbelebt zu werden. In dieser Gemengelage werden die Grundlagen wirtschaftlicher Ordnungsbildung neu errungen. Ins-

gesamt kann von einer Sehnsucht nach kollektiven, ordnungs- und gerechtigkeitsstiftenden Institutionen gesprochen werden, die sich auf vielfältige Weise Bahn bricht.

Dies alles gibt Anlass über wirtschaftliche Institutionen und deren (un-)ordnungsbildende Kraft auf einer Sektionstagung der Wirtschaftssoziologie nachzudenken und zu diskutieren: Wie lassen sich Übergänge von einer in die andere institutionelle Ordnung denken? Müssen wir nicht auch die unordnungsbildende Kraft von Institutionen verstehen? Ist nicht die Ordnung und die Sicherheit der einen, die Unordnung und die Unsicherheit der anderen? Welche Folge hat die (Un-)Ordnungsbildung wirtschaftlicher Institutionen für die Verteilung von Wirkungsmacht, Einfluss und Vermögen? Und bedeutet das Ordnen und Sortieren im Hinblick auf ein ganz bestimmtes Kriterium nicht immer auch, dass unbestimmte Dinge ungesehen und ungeordnet bleiben? Haben Institutionen nicht immer eine ordnende sichtbare und eine nicht geordnete unsichtbare Seite?

Die klassische Einbettungsperspektive der Neuen Wirtschaftssoziologie sieht Institutionen in ihrer externen ordnungsbildenden Rolle. Hier bilden Institutionen wie das Recht, die *incentives* und *constraints* für die Einzelentscheidung. Institutionen sind also da, um die Unsicherheit der Handelnden zu reduzieren. Der Fokus liegt eindeutig auf Ordnungsbildung und Unsicherheitsreduktion. Auch wird in der Wirtschaftssoziologie im Anschluss an Ronald Coase und Oliver E. Williamson häufig a priori zwischen Markt und Staat bzw. Markt und Organisation unterschieden, um die ordnungsbildende Kraft dieser Governance-Mechanismen zu betonen. Dem stellen z.B. die neopragmatistischen Sozialwissenschaften aus Frankreich (Michel Callon, Bruno Latour, *Économie des conventions*, Soziologie der Kritik) die Perspektive der Unvollständigkeit dieser Institutionen und ihre beständige Bearbeitungsbedürftigkeit entgegen. Die grundlegenden Institutionen der Wirtschaft (Märkte, Firmen, Statistiken, das Recht, Staaten, Verträge) befinden sich in diesen Perspektiven in ständiger Bewegung. In methodologischer Hinsicht werden Institutionen des Wirtschaftens stärker als zu erklärende, fragile und im Wandel begriffene Phänomene verstanden und ihr Entstehen und Vergehen wird sichtbar gemacht.

Die Sektionstagung soll ein Forum bieten, die Frage der wirtschaftlichen (Un-)Ordnungsbildung aus unterschiedlichen (nicht nur aus den genannten) Theorieperspektiven zu diskutieren. Dabei ist es explizit gewünscht, die Fragen nach der (Un-)Ordnungsbildung auch empirisch zu

stellen und zu beantworten. Hier sind unterschiedliche Felder denkbar, der Call ist jedoch explizit nicht auf diese Felder beschränkt:

- Finanzmärkte und Finanzinstitutionen stehen spätestens seit der Finanzkrise im Jahr 2008 im Verdacht, für Unordnungsbildung verantwortlich zu sein. Nicht zuletzt deshalb sind Finanzmärkte ein ergiebiger Gegenstand für die Emotionssoziologie (Jocelyn F. Pixley). Gleichzeitig besteht Grund, eine erstaunliche Stabilität trotz Krisenanfälligkeit festzustellen; eine Stabilität, die nur auf Kosten der Sicherheit anderer gesellschaftlicher Bereiche zu erhalten ist. Interessant sind hier auch spezielle Fälle der De- und Reregulierung, in welchen Ordnungsbildung (für wen?) verhandelt wird. So kämpft z.B. der intransparente *over the counter*-Handel um seinen Status als effizienter Markt (trotz Intransparenz) und verschiebt die Grenzen des Legitimen und die definitorischen Bestimmungen dessen was ein Markt idealer Weise ist. Zudem scheinen die Grenzverschiebungen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten in der Finanzindustrie immer wieder vermeintlich rechtsfreie Räume zu schaffen, denen sich die Justiz in aufwendigen und langwierigen Prozessen ex post zuwenden muss (z.B. Cum-Ex-Geschäfte).
- Die Krise der Institutionen des Arbeitsmarktes zeigt sich in alten und neuen Formen vertragsloser Arbeit und deren Zunahme. Der »Schwarzmarkt« ist immer schon gleichermaßen Hoffnungsträger eines deregulierten Marktideals und Ort der Marktgefährdung. Hier sind unterschiedliche Marktvorstellungen am Werk, die zwischen den Polen der staatlichen Regulierung (z.B. beim Mindestlohn) über die kooperative Tarifpartnerschaft bis hin zum »Wegschauen« des Staates bei moderner Arbeitssklaverei reichen. In jedem Fall lässt sich von einem »Arbeitsmarkt« sprechen, obwohl es sich um sehr verschiedene institutionelle Arrangements handelt. Auch Onlineplattformen, wie Airbnb und Uber sind diesbezüglich interessante Fälle.
- Die Institutionalisierung des Geldkreislaufs ist ein weiteres Thema für die zu stellende Frage der (Un-)Ordnungsbildung. Die Frage nach der (In-)Stabilität des Geldes stellt sich nur, wenn man Geld nicht als neutrales Tauschmittel begreift, sondern als ein Versprechen an die Zukunft. Derzeit wird viel an der Stabilität der Institution des Geldes gearbeitet – und es kursieren unterschiedliche Vorschläge, wie eine solche Stabilisierung zu erreichen ist. Hier sind Vorschläge zum Trennbankensystem, oder eines gar bankenlosen Geldwesens genauso angesprochen, wie die Vision der Abschaffung des Bargelds. Gleichzeitig zeigen ver-

schiedene Regionalwährungen wie voraussetzungsvoll die Stabilisierung von Geldkreisläufen ist. Wir ermutigen deshalb Einreichungen ausdrücklich, die die Art und Weise der Organisiertheit von Geldkreisläufen als Frage der (Un-)Ordnungsbildung reformulieren.

- Auch stellt sich die Frage nach der institutionellen (Un-)Ordnungsbildung im Hinblick auf die Rechtsprechung und im Hinblick auf das Staatsverständnis. Im Allgemeinen gilt: Je weniger reguliert Märkte von staatlicher Seite sind, bzw. je weniger sich der Staat als »externer Staat« (Robert Salais) versteht, desto umfassender müssen die Verträge werden, desto mehr Arbeit entsteht für private und juristische Intermediäre (Christian Bessy), die diese Koordinationslücke schließen. Auch sind hier Untersuchungen zur *lex mercatoria* angesprochen und die Fortführung dieser Tradition im globalen Recht. In dieser Tradition wird der Staat selbst zum Vertragspartner, der bereit ist, seine externe Position weitestgehend an private Bewertungsinstanzen abzugeben.

Dies bedeutet dann z.B., dass auch Staaten in einem privaten Investitionsschutzverfahren auf entgangene Gewinne verklagt werden können/müssen. Auch hier lässt sich die Frage der (Un-)Ordnungsbildung (für wen?) stellen.

Wir laden nicht nur Wirtschaftssoziologinnen und -soziologen, sondern alle mit Ökonomie beschäftigten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler ein, mit uns gemeinsam bei dieser Tagung über diese Fragen nachzudenken. Die vorgeschlagenen Beiträge für die Tagung können bis zum **24. Juli 2017** in Form von Abstracts (400–500 Wörter) per E-Mail an den Vorstand der Sektion Wirtschaftssoziologie eingereicht werden. Der Sektionsvorstand wählt dann zeitnah die Beiträge aus, die zur Tagung eingeladen werden.

Prof. Dr. Jürgen Beyer
E-Mail: juergen.beyer@uni-hamburg.de

Dr. Lisa Knoll
E-Mail: lisa.knoll@wiso.uni-hamburg.de

Biography and Violence. Violent dynamics and agency in collective processes and individual life histories

International Conference on 9th and 10th February 2018 at the Center of Methods in Social Sciences, University of Göttingen

In European societies current media reports on (civil) wars, armed conflicts, terror attacks, illegalized migration, or attacks on migrants show that physical violence and violent phenomena attract great attention albeit often in a very charged and selective manner.

The high number of studies devoted to violent phenomena and their causes, dynamics, and consequences means that today there can be no question of a general neglect of violence in the social sciences any more, at least with regard to empirical research. Much recent research in this field has focused on violence in the narrow sense of the word, meaning the social dynamics organized around physical injury to, and the vulnerability of social actors. This conference tries to go beyond a normative perspective limited to the study of isolated »causes« and strives to understand the interactive dynamics of violence that creates and destroys social order. In addition, increased attention is paid to the history and experiences of the actors involved, and their social networks.

Sociologists interested in biographical research, or in other forms of research into everyday life have explicitly studied contexts structured by violence such as wars and violent conflicts, migration courses, or domestic violence, and have focused, for example, on the biographical, familial and transgenerational consequences of violent experiences. A biographical research approach must include contextualizing the phenomena under study socio-historically and diachronically. Moreover, an interpretative research approach that focuses on the biographical experiences, perspectives, and relevances of the actors in their social fields of action, and, if possible, their historical genesis frequently leads to the discovery of violent phenomena which have significantly contributed to structuring the biographical courses of these actors even without an explicit focus on violence. In other words researchers commonly find traces of experiences of violence and violent behavior in various biographical fields. A biographical research approach makes it possible to examine the processes that lead to experiences of violence whether as targets or performers on both a personal and a collective level.

This interdisciplinary and international conference offers an opportunity for discussion and exchange from different academic perspectives between scholars engaged in research on violence and those engaged in biographical research.

We are interested in the following questions: How can biographical research contribute to the systematic inclusion of violence in the development of sociological theories, as called for in recent years by scholars involved in research on violence and violent conflicts? And how can research on violence contribute to biographical research in the social sciences and sociology? We therefore invite papers based on empirical research in the following interrelated areas:

- Reconstruction of processes of the development, continuation, and change of (physically) violent behavior and interpretations of violence from the perspectives of actors involved in different socio-historical contexts.
- Reconstruction of interrelations between members of different groupings and individuals in violent situations.
- Empirical perspectives on violent dynamics in different regions of the world and different social contexts.
- Figurations of groupings in violent or armed conflicts.
- Experience of violent conditions as part of everyday life and as part of an actor's collective, familial, and personal history.
- Violence in organizational contexts (such as police or army): development, continuation, and change of patterns of interpretation and action in connection with armed violence in organizational contexts; practices of organizational violence and their legitimation, and interrelations between biographical and organizational-professional patterns of action.
- Interdependencies between violence and collective belongings.
- Opportunities and limits in respect of the thematization of violence in different social contexts (also: in the research context) and in biographical courses.

Please send title and abstract of your paper (not exceeding 2.300 characters, including authors and affiliations) by **September 1, 2017** to the organizers. We especially invite junior researchers and young academics. Travel expenses can be partially covered for contributors of papers or presenta-

tions. For current information visit our website at www.uni-goettingen.de/de/562269.html.

Organizers:

Eva Bahl, M.A.,

Isabella Enzler, M.A.,

Hendrik Hinrichsen, M.A.,

Kristina Meier, M.A.,

Miriam Schäfer, M.A.,

Katharina Teutenberg, M.A.,

Arne Worm, M.A.

E-Mail: conference.mzs2018@uni-goettingen.de

Tagungen

Alterung – Arbeit – Gesundheit

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie vom 19. bis 22. September 2017 in Rostock

Unter dem Rahmenthema »Alterung – Arbeit – Gesundheit« findet die gemeinsame Jahrestagung 2017 der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) und der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) im Rahmen der Statistischen Woche in Rostock statt.

Im Fokus steht der Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit, wie sich beides gegenseitig bedingt und auf alternde Gesellschaften auswirkt. Unter Einhaltung einer Lebenslaufperspektive sollen Einflussfaktoren diskutiert und mögliche Ansatzpunkte im Bereich Public Health und Arbeitsmarkt identifiziert werden. Ein weiterer Fokus liegt auf neuen Datenquellen und Methoden in der demografischen Forschung, die zu einem besseren Verständnis der drei thematischen Bereiche beitragen.

Neben dem Schwerpunktthema der Jahrestagung befassen sich die Sessions mit den folgenden Themengebieten:

- Weiterentwicklung demografischer Methoden und Modelle
- Mortalität und Morbidität
- Regionale Facetten des demografischen Alterungsprozesses
- Demografische und Gesellschaftliche Entwicklungen
- Demografisches Verhalten und Integration im Lebenslauf internationaler Migranten und ihrer Folgegenerationen
- Fertilität und Sozialstruktur

Mehr Informationen finden Sie auf der homepage der DGD unter dgd-online.de/die-dgd/veranstaltungen/jahrestagung/jahrestagung-2017-in-rostock.

Wissensrelationen

Kongress vom 21. bis 23. September 2017 an der TU Dortmund

Der 2. Sektionskongress der Sektion Wissenssoziologie knüpft an die Ziele des 2015 in Landau durchgeführten 1. Sektionskongresses »Wissensforschung – Forschungswissen« an. Er greift mit dem Thema »Wissensrelationen« die soziologisch zentrale Kategorie des Wissens von ihren Rändern her auf und stellt die Frage der Beziehungen von Wissen zu jeweils anderen Formen der Weltwahrnehmung und Weltgegebenheit sowie nicht zuletzt der Grenzen von Wissen selbst in den Mittelpunkt.

Die Fokussierung auf Wissensrelationen bedeutet zum einen, die jeweils »andere« Seite des Wissens in den Blick zu nehmen. Also jene Phänomenbereiche, die durch Wissen kategorial nicht oder – auch vermeintlich – nur unzureichend erfasst werden, aber wesentlich für die lebensweltliche Orientierung sind – wie etwa Emotionen und sinnlich-affektives Erleben, Materialitäten oder Alienität. Zum anderen geht es darum, die Verbindungen, Spannungslinien und Friktionen aufzuzeigen, die zwischen Wissen – im allgemeinsten verstanden als objektivierter, kommunikativ und institutionell stabilisierter Sinn – und »Nicht-Wissen« im hier gemeinten weiten Verständnis bestehen. Die Aufmerksamkeit richtet sich so auf differente, von der Kategorie des Wissens unterscheidbare oder diese zumindest herausfordernde Elemente der Konstitution von Weltverhältnissen und der Konstruktion von Wirklichkeit, deren jeweilige Spezifika zu klären sind. Zugleich bleibt der Bezug auf Wissen mit der Frage nach Wissensrelationen zentral. Sie ist auf der Ebene sozialtheoretischer und methodologischer Überlegungen, anhand empirisch konkreter Ergebnisse und auch in ihrer gesellschaftstheoretischen Relevanz und Reichweite zu diskutieren. Exemplarisch sollen folgende Frage- und Problemkomplexe behandelt werden:

Wissen und Emotionalität: In diesem ersten Themenfeld geht es um die Frage nach dem Verhältnis differenter, oft als gegensätzlich betrachteter Formen der Weltwahrnehmung, die zwischen Kognition und sinnlich-affektivem Erleben, rationalisierungsfähiger Beobachtung und gefühlsmäßiger Erfassung changieren. Neben der Kritik an einem (unterstellten oder tatsächlichen?) »kognitiven Bias« der Wissenssoziologie stellt sich hier z.B. die Frage, wie eine komplexe, Emotionen, Affekte und die Bedeutung von Leiblichkeit einschließende Phänomenologie der Wahrnehmung aussehen kann. Klärungsbedürftig sind hybride Kategorien des Gefühlswissens und »Gefühlsmagements« sowie der Normierung, Ideologisierung und Ästhe-

tisierung von Gefühlen und Affekten. Des Weiteren bricht die Frage nach der Beschaffenheit und Wirkungsweise des ›Auaussprechlichen‹ und verborgener Räume der Erfahrung auf.

Wissen und Materialität: Das zweite Themenfeld stellt ab auf Gegenständlichkeiten, die dem nicht-stofflichen, mental präsenten, symbolisch gebundenen und diskursiv strukturierten Wissen gegenüberstehen – dieses aber zugleich mitkonstituieren. Denn wenn Denken und Erkennen, Interpretation und Erfahrung aus wissenssoziologischer Sicht auch weit mehr und grundsätzlich anderes als bloße Abbildungen der Dinge sind, sind doch dem freien Spiel der Weltwahrnehmung wie auch dem auf die Sinnesorgane angewiesenen Wirklichkeitszugang gegenständliche, objektbezogene und mediale Grenzen gesetzt. Wo und wie lässt sich dennoch – so die Frage des Themenfeldes – das Verhältnis von Wissen und Materialität jenseits simpler Realismen, übersteigter Konstruktivismen und postsozialer Auflösungen theoretisch, methodologisch und empirisch-analytisch fassen?

Wissen und Alienität: Das dritte Themenfeld radikalisiert die Frage danach, was und worüber überhaupt etwas gewusst werden kann, worin die Grenzen des Wissens als Ausdruck einer unüberbrückbaren Unzugänglichkeit des jeweils Anderen liegen und wie, von welchen Anhaltspunkten ausgehend sich diese konstituieren. Dies schließt auch die Frage ein, ob und inwieweit es wissenssoziologisch Sinn macht, von einer gleichsam gesteigerten, ›absoluten‹ Alienität zu sprechen, die sich dem Wissen per definitionem entzieht. Thematisiert wird hier u.a. das Spannungsfeld zwischen Vertrautheit und Fremdheit in seinen Kontinuitäten und Diskontinuitäten, aber auch die Triftigkeit von Ähnlichkeitsunterstellungen, Wahrnehmungskategorien und Wirklichkeitskonstruktionen, die an den Grenzen des Wissens und des Wissen-Könnens zu scheitern drohen.

Auch der 2. Sektionskongress will möglichst vielen Sektionsmitgliedern, Interessenten und Interessentinnen Gelegenheit geben, sich an aktuellen wissenssoziologischen Diskussionen zu beteiligen. Erneut stehen die Zusammenführung und der Austausch der Arbeitskreise im Vordergrund. Ziel des Kongresses ist, die wissenssoziologische Auseinandersetzung in ihrer Vielschichtigkeit profiliert sichtbar zu machen. Zu weiteren Informationen und zur Online-Anmeldung gelangen Sie über www.fk12.tu-dortmund.de/cms/ISO/de/home/Kongress_Wissenssoziologie/index.html.

Für die Kongressorganisation
Prof. Dr. Angelika Poferl
angelika.poferl@tu-dortmund.de

Für den Vorstand der Sektion
Prof. Dr. Michaela Pfadenhauer
michaela.pfadenhauer@univie.ac.at

Funktionen des Professionsbegriffs

Tagung am 5. und 6. Oktober 2017 am Institut für Sozialforschung,
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Mit jedem Begriffsgebrauch gehen normative Positionierungen einher – seien diese nun implizit oder explizit. Für den Professions- bzw. den Professionalisierungsbegriff gilt dies, obwohl aus der Sphäre der Soziologie stammend, sicher in hohem Maße. Er wurde und wird eben nicht nur analytisch, sondern auch fordernd und affirmativ ebenso wie kritisch und emanzipatorisch verwendet. Verbunden sind mit ihm Hoffnungen und Ansprüche, aber auch politische Kritik und Skepsis. Entsprechend war die Geschichte der Professionssoziologie schnell auch diejenige des Umgangs mit dem Begriff.

Die Tagung ist den Verwendungsweisen des Begriffs gewidmet. Ziel ist es, die verschiedenen Bedeutungsdimensionen, ihre Überkreuzungen und Verschiebungen zu erfassen und damit auch gegenwärtige Dynamiken im Zusammenhang mit Professionen und Professionalisierung in den Blick zu bekommen. Die zentrale inhaltliche Klammer bildet die Frage: Worin liegt bzw. lag die Attraktivität des Professions- und Professionalisierungsbegriffs trotz oder gerade wegen einer inhaltlichen Diffusität und wie verhalten sich die soziologischen Professionsbegriffe zu denen der Praxis? Folgende Dimensionen des Themas erscheinen uns hierbei besonders vielversprechend:

- Die Professionszuschreibung als Aufwertung aber auch als Zumutung an den Einzelnen bzw. einen Berufsstand und die daraus resultierende, bereits von Fournier (2001) aufgeworfene Frage: Wie reagieren die jeweils mit Ansprüchen der Professionalisierung bzw. Professionalität Bedachten? Wie und unter welchen Umständen bieten die Praktikerinnen bzw. Praktiker und Reflexionseliten bestimmter Felder ihrerseits einen – neuen? – Begriff von Professionalität an?
- Auch neue Komposita und deren Attraktivität - wie etwa in »Interprofessionalität« – sind erklärungsbedürftig. Was lässt diese Begriffe in die Welt treten und wie werden sie verwendet?
- Der aktuelle Gebrauch der Professions- und Professionalisierungssemantik ist immer auch als Teil einer Gegenwartsdiagnose bzw. im Kontext von Gegenwartsdiagnosen zu deuten. Inwiefern hat sich die alte Semantik im Verhältnis zur Gesellschaftsstruktur entwickelt? Wo, durch wen, in welchen Kontexten werden die Begriffe verwendet? Wel-

che Funktionsverschiebungen sind damit einhergegangen und was sagen diese Verschiebungen nicht nur über die beschriebenen Professionen, sondern auch über die Gesellschaft aus?

- Eine sozialwissenschaftliche Selbstaufklärung: Der Soziologie war ihre Stellung – als beschreibende Beobachterin und damit gleichzeitig als *beschreibende* Aktivkraft (E.C. Hughes) – zwar schon früh bewusst, dennoch wurde aus punktuellen Auseinandersetzungen mit dem Begriffs- und Tätigkeitsfeld Profession und Professionalisierung bislang kein systematischer Diskussionszusammenhang. Wie ist die Soziologie an beobachtbaren Dynamiken beteiligt?

Organisation:

Dipl.-Soz. Gina Atzeni

E-Mail: gina.atzeni@soziologie.uni-muenchen.de

Prof. Dr. Claudia Scheid

E-Mail: claudia.scheid@phbern.ch

Governing by numbers:

Key indicators and the politics of expectations

Workshop at the Martin-Luther-University Halle-Wittenberg, October 5 to 7, 2017

Politics in the 20th century created a whole array of indicators, such as gross domestic product (GDP) or unemployment indicators that became crucial for the structuration of entire policy fields. Politics in the 21st century, inspired by the new public management discourse, complemented this trend not only by developing more indicators but also by inventing new forms of regulation and new ways of modelling political expectations about the future. In the sociology of quantification, the relevance of numbers in democratic politics and democratic representation was among the earliest issues addressed. A basic assumption in this line of reasoning is that there is an inherently political dimension to what seems to be methodological or technocratic issues in the quantification process. While research has become more diversified there is also growing need for systematizing theoretical approaches and empirical findings as well as pursuing a strategic approach in defining desiderata for further research in order to

build a more coherent stock of knowledge about the politics of quantification.

The workshop seeks to advance this endeavor by focusing especially on institutionalization processes of key indicators and particularly on the relevance of key indicators to a politics of expectations. The main topics are:

- *Governing by indicators*: In a globalizing world of ever more complex social relations there is a rising demand for accessible and comparable knowledge. Since numbers are said to possess many features catering to this demand quantification has been observed as a pervasive feature of contemporary society. Indicators are a special form of quantification in that they emphasize the intentional use of numbers and scripted (political) action. Indicators can be qualified, first, as numbers that use a limited set of measurable parameters to make phenomena visible that cannot be observed directly. Hence, otherwise latent phenomena become manifest by operationalizing them using certain indicators. For example, the American census created racial categories that consequently came to represent heterogeneous populations as homogeneous groups of society. Second, since indicators simplify complex phenomena their interpretation depends on concepts that ensure their communicability. Concepts aid interpretation by relating the phenomena of interest to the chosen measure. However, these concepts (implicitly) contain causal attributions and, hence, suggest scripts for (political) action.
- *Key indicators and politics*: The power of indicators to structure entire policy fields is very much debated. On the one hand, there is evidence that particular key indicators are so widely used in society that they have become crucial to the regulation of social life – such as GDP with respect to economic policy. Among the evidence supporting this view is the visible impact of the effects of some key indicators on policy fields – a case in point are performance indicators and their impact on education policy. Then again there are indicators that operate largely hidden from public scrutiny. On the other hand, the power of indicators is questioned regularly – as in the case of environmental indicators in politics. However, the processes by which indicators become institutionalized as key elements of collective efforts to achieve larger social goals are still poorly understood. The same can be said about conflicts over alternative indicators. With regard to the potential power of indicators the contributions will address institutionalization processes of key indicators and conflicts arising from divergent practices of using in-

dicators in politics. Are indicators able to mediate conflicts between different actors?

- *The politics of expectations*: The future is essentially uncertain. Yet political actors have to build expectations about the future in order to make plans and collectively binding decisions. Expectations are fictional in the sense that those who rely on them treat them as if they were certain to become reality. This creates an incentive for actors to try to influence the expectations of others by creating credible accounts of future states of the world. How are expectations about the future symbolized and narrated in politics? How do indicators operate as instruments of imagination? Do indicators measure past developments implicitly assuming that these developments will continue in the future, or do they project future developments explicitly aiming to account for the contingency of the future? Recently, there seems to be an increasing relevance of prospective indicators such as in inflation targeting when central banks communicate expected inflation rates or when policy targets are formulated as quantitative indicators as is the case in the European Union's Open Method of Coordination or in the global governance of development.

Confirmed speakers include Laurent Thévenot, Kenneth Prewitt, Christina Boswell, Rainer Díaz-Bone, Philipp Lepenies and others. The workshop is hosted by the Political Sociology Section of the DGS, Research Committee on the Sociology of Population (RC41) of the International Sociological Association (ISA), Research Cluster Society and Culture in Motion of the Martin-Luther-University Halle-Wittenberg, and Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association.

If you are interested in participating please register with the organizers by **October 1, 2017**. Participation in the workshop is free of charge. Depending on the number of registrations the organizers might ask for a small contribution to the catering during coffee breaks.

Organizers:

Dr. Walter Bartl

E-Mail: walter.bartl@soziologie.uni-halle.de

Audrey Terracher-Lipinski, M.A.

E-Mail: audrey.terracher-lipinski@soziologie.uni-halle.de

Soziologie zwischen Theorie und Praxis

Österreichischer Kongress für Soziologie vom 7. bis 9. Dezember 2017 an der Karl-Franzens-Universität Graz

Der ÖGS-Kongress in Graz wird sich mit einer zentralen und die Disziplin Soziologie seit ihrer Entstehung begleitenden Fragestellung befassen und aktuelle Positionen dazu ausloten.

Die Entwicklung der Soziologie ist (vor allem im deutschsprachigen Raum) von Anbeginn durch ein Spannungsverhältnis zwischen praktisch-politischen Ansprüchen einerseits und der Zurückweisung ebendieser zugunsten »werturteilsfreier Forschung« andererseits gekennzeichnet, welche u.a. eng mit den jeweiligen Legitimationsbemühungen für das Fach im wissenschaftlichen Feld gekoppelt waren. Es stellt sich die Frage nach dem Fortwirken dieses Spannungsverhältnisses unter den Rahmenbedingungen des wissenschaftlichen Systems zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Während sich die außeruniversitäre Forschung seit jeher mit Fragen ihres Verhältnisses zur Praxis bzw. Politik beschäftigen musste, wird heute auch die universitäre Forschung wieder verstärkt mit diesbezüglichen Erwartungen konfrontiert. Forschungsförderungsprogramme nehmen etwa explizit Bezug auf den erwarteten Beitrag der Projekte zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen und entsprechende Drittmitteleinnahmen sind Bestandteil von Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Universitäten. Wie soll eine mittlerweile an den Universitäten erfolgreich etablierte Disziplin auf diese Tendenzen reagieren? Welche Konsequenz hat die Praxisnähe/Praxisferne für den Status des Faches im »Konzert der Wissenschaften« heute? Wie werden »Theorie« und »Praxis« derzeit definiert und besteht zwischen den beiden überhaupt ein Spannungsverhältnis? Wie sieht diese Situation im europäischen/internationalen Vergleich aus? Ergeben sich aus geänderten Rahmenbedingungen Konsequenzen für die Gestaltung der Curricula? Der ÖGS-Kongress 2017 soll die Möglichkeit geben, die Bedeutung dieser und weiterer Fragen im Zusammenhang mit der Thematik »Theorie-Praxis« für das Fach Soziologie zu diskutieren.

Mehr Informationen zum Kongressprogramm und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung finden Sie unter oegs.ac.at/oegs-kongress-graz2017/. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Katharina Scherke

E-Mail: oegs@uni-graz.at